

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEERKLÄRUNG

24. Oktober 2018

Iran: Ein politischer Gefangener wird gezwungen, seinen Hungerstreik zu beenden!

Die iranischen Behörden müssen sofort und bedingungslos Farhad Meysami freilassen. Der Menschenrechtsverteidiger setzt sich für Frauenrechte ein und befindet sich jetzt in der Krankenabteilung des Evin-Gefängnisses. Dort wird er gegen seinen Willen gezwungen, seinen Hungerstreik zu beenden, sagte Amnesty International.

Farhad Meysami ist Arzt. Er wurde im Juli inhaftiert. Er hatte die Kampagne gegen die iranischen Gesetze unterstützt, die Frauen und Mädchen die Kleiderordnung aufzwingen (Hijab). Seit dem 1. August befindet er sich im Hungerstreik. Jetzt hat sich sein Gesundheitszustand dramatisch verschlechtert. Am 26. September wurde er in die Krankenabteilung verbracht. Dort befindet er sich in Einzelhaft und wird gegen seinen Willen intravenös ernährt. AI wurde berichtet, er solle dort solange bleiben, bis er den Hungerstreik beendet habe.

„Farhad Meysamis einzige ‚Straftat‘ ist, dass er sich gegen die entwürdigende und diskriminierende Praxis der erzwungenen Verhüllung (Hijab) aussprach und für die Wahl der Frauen, ihre eigene Kleidung zu tragen. Er ist ein politischer Gefangener, und es ist äußerst empörend, dass er überhaupt inhaftiert ist,“ sagte Philip Luther, Abteilungsleiter für den Nahen Osten und Nordafrika von Amnesty International. „Statt ihn in der Krankenabteilung und zur Strafe in Einzelhaft zu halten und ihn zu zwingen, den Hungerstreik zu beenden, sollten die Behörden das schlimme Spiel mit seiner Gesundheit beenden und ihn sofort und ohne Bedingungen freilassen.“

Seit Beginn des Streiks hat der Gefangene 18 kg an Gewicht verloren und er fühlt sich entsprechend schwach. Indem ihn die iranischen Behörden zwingen, den Hungerstreik zu beenden, verletzen sie sein Recht auf freie Meinungsäußerung. Alle Gefangenen haben nämlich das Recht auf eine Behandlung, die mit der medizinischen Ethik vereinbar sein muss. Dazu gehört auch die Zustimmung zu einer entsprechenden Behandlung.

Den Hungerstreik begann Farhad Meysami als Protest gegen seine ungesetzliche Inhaftierung. Er wurde am 31. Juli in seiner Wohnung in Teheran verhaftet. Die Sicherheitskräfte fanden dort Abzeichen mit der Inschrift „Ich bin gegen den erzwungenen hijab“. Die Anklagen gegen ihn lauteten „Verbreitung von Propaganda gegen das System“ und „Versammlung und Verschwörung um Straftaten gegen die nationale Sicherheit zu begehen“. Dann noch „Beleidigung islamischer Werte,“ weil er nach Aussage der Behörden den Hijab entwürdigt habe.

Außerdem will er durch den Streik erreichen, dass die Menschenrechtler Nasrin Sotoudeh und Reza Khandan freigelassen werden. Sie wurden im Juni bzw. im September 2018 wegen ihres Engagements für die Menschenrechte inhaftiert. Nasrin Sotoudeh wurde im Zusammenhang mit ihrer Verteidigung von Frauen inhaftiert. Die Frauen hatten friedlich gegen den Hijab-Zwang protestiert. Reza Khandan hatte die Kampagne unterstützt und sich zudem für seine Frau Nasrin Sotoudeh eingesetzt.

„Farhad Meysamis Zustand ist äußerst verwundbar. Er wird in grausamer Weise von den Gefängnisbehörden behandelt. Wenn die iranischen Behörden wirklich an seiner Gesundheit interessiert wären,

AMNESTY INTERNATIONAL

beendeten sie seine Leiden und ließen ihn frei, indem sie auch die Anklagen gegen ihn fallen ließen,“ sagte Philip Luther.

In diesem Jahr haben Frauen im gesamten Iran mutig gegen die erzwungene Verhüllung protestiert und in der Öffentlichkeit ihre Kopftücher abgenommen. Die Behörden begegneten dem mit Gewaltausübung. Dutzende von Frauen wurden misshandelt, eingesperrt und verfolgt. Auch Männer beteiligten sich an diesen Frauenaktionen.

„Der willkürliche Arrest und die Verfolgung von Frauen und Männern, die sich gegen den entwürdigenden und diskriminierenden Brauch der erzwungenen Verhüllung engagiert hatten, ist ein ungeheurer Angriff auf die freie Meinungsäußerung. Statt die protestierenden Menschen einzusperren, sollten die iranischen Behörden die entsprechenden Gesetze ändern,“ sagte Philip Luther.

Die Polizei und die Sicherheitskräfte beleidigen und inhaftieren Frauen, die ihr Haar zeigen oder die geschminkt sind oder die „unpassende“ (enge) Kleidung tragen. AI hat sich wiederholt an die iranischen Behörden gewandt, die Verfolgung von Frauen, die sich gegen die Verhüllung wenden, aufzugeben und die Praxis der Verhüllung ganz zu beenden.

Seit Jahrzehnten verletzt der Zwang zur Verhüllung die Rechte der Frauen. Dieser Zwang diskriminiert und verletzt die Freiheit der Religion und die freie Meinungsäußerung sowie den Schutz vor willkürlicher Verhaftung, vor Folter und anderen Misshandlungen oder Strafen.

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte und leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)